Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 2 (1922-1923)
Heft: 4

Artikel: Die Tragik der Arbeiterbewegung in der Tschechoslowakei
Autor: Belina, Josef
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-328419

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

gewesen wären: die Folgen dieses unseres Beschlusses haben uns über die Richtigkeit unserer Grundauffassung leider nur zu teuer belehrt.

Wir haben dieser Lehre entsprechend gehandelt, als wir uns von der Kommunistischen Partei trennten. Wir haben vom ersten Tag an gesagt, daß wir nicht daran denken, eine neue Partei zu bilden, die doch nur eine Sekte hätte sein können. Denn das, was in den Köpfen einiger „Führender" sich abspielte an Gegensätzlichkeiten, fand in den Massen keinen Widerhall. Hier zeigt sich, aus der verschiedenen sozialen Konstitution Altrußlands und Westeuropas, noch der letzte Unterschied. In Rußland hat die anschwellende Revolution alle aus ihr sich ergebenden Gegensätzlichkeiten zugespitzt und aufs höchste entwickelt. Der Ideologe hielt sie in ihrer reinsten Zuspitzung fest und entwickelte sie weiter auch in einer Zeit, in der die revolutionäre Bewegung zurückflutete und die Gegensätze verwischte. In den Sekten, Parteichen und Grüppchen verkörperten sich die Gegensätze und blieben bestehen. In Westeuropa, bei der Präponderanz der Massenbewegung, können Ideologen und Sekten keine Ideen mit politischer Wirksamkeit festhalten; fällt die Revolution, verwischt sie die von ihr entwickelten Gegensätze, so verwischt sie auch die von ihr geschaffene „massenmäßige Darstellung" jener Gegensätze. Parteigrenzen verschwimmen und verschwinden; es tritt ein, was wir jetzt in Deutschland sehen. Und ich darf vielleicht eines hinzusetzen: das ist keine Theorie, jetzt nach dem Geschehenen zusammengeflickt. Ich glaube rechtzeitig gesehen zu haben, wie der Stern der Revolution sich vom Zenith senkte und habe im Januar 1921 — für Westeuropa — als die Folge eines Abebbens der Revolution jene Konzentration der Massen vorausgesagt, die jetzt eintrat. Wir sind uns so alle bewußt, was der Schritt bedeutete, den wir taten. Er ist das äußere Anzeichen der Niederlage, die der revolutionäre Gedanke erlitten hat, nicht nur in Deutschland; in Rußland, in anderen Ländern nicht minder. Wer geschichtlich denkt, wird darüber nicht verzweifeln, auch nicht darüber, daß wir in Deutschland ideologisch in eine außerordentlich schwierige Lage gekommen sind. Schlimm ist nur zweierlei: nichts tun, sich isolieren, und das, was wir tun, nicht frei und unverhüllt tun. Wir müssen offen bekennen, was und warum wir es tun, was wir gut und was wir schlecht machten. Denn nur so können wir hoffen, daß das internationale Proletariat Früchte ernte aus der deutschen revolutionären Bewegung, deren soziale Grundlagen dieselben sind wie die aller großen kapitalistischen Länder.

Die Tragik der Arbeiterbewegung in der Tschechoslowakei.

Von Josef Belina, Aussig.

Der politische Umsturz des Jahres 1918 hat der Arbeiterschaft in der Tschechoslowakei ebenso wie dem Proletariat der übrigen Mittelmächte eine ungemeine Steigerung seiner politischen Macht gebracht. Diese Macht war vielleicht gerade hier größer denn anderswo. Das

lag begründet im Wesen der Revolution, wie sie die Tschechoslowakei erlebte. Seit der Schlacht am Weißen Berge, seit Beginn des 17. Jahrhunderts war das tschechische Volk national geknebelt und wurde infolge des Wütens der Habsburger lange Zeit überhaupt zu einer geschichtslosen Nation herabgedrückt und erst der aufkeimende Kapitalismus brachte wieder durch die Einführung des Tschechischen als Schulsprache eine neue Kulturperiode mit sich. Im Rahmen der alten Habsburgermonarchie hatte das Volk um einen Platz an der Sonne gerungen. Er blieb ihm ständig versagt. Die Deutschen, die sich als ihre getreuen Bundesgenossen die Polen herangezogen hatten, fühlten sich als die berufenen Herren des Reiches und verweigerten jede nationale Entwicklung. So keimte die Erbitterung gegen die Monarchie, eine Erbitterung, die latent war, sich nicht in lauten Kundgebungen äußerte, oft vielleicht sogar unbewußt unter dem Deckmantel der Loyalität schlummerte, bis sie endlich ein Ventil fand, durch das sie sich die Entladung verschaffte: den Krieg. Jeder Mensch fast unter den Tschechen fühlte es, daß ihn doch dieser Krieg fast gar nichts anging, daß, während vielleicht die deutschen Arbeiter in schlechtverstandenem Interesse um ihre wirtschaftlichen Positionen den Krieg wenn nicht begeistert, so doch widerstandslos über sich ergehen ließen, er so wenig wirtschaftlich wie national auch nur die geringste Aussicht auf einen Erfolg hatte. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man einen großen Teil des Versagens der österreichischen Monarchie im Kriege auf die Sabotage der tschechischen Soldaten und der tschechischen Bevölkerung zurückführt, die einerseits freiwillig überliefen, anderseits schon seit 1916 und 1917 die Steuerzahlungen nicht leisteten, die Lebensmittellieferungen hintanhielten, in den kriegsindustriellen Betrieben nicht sonderlich begeistert arbeiteten.

So entstand während des Krieges schon eine starke Solidarität zwischen allen Bevölkerungsschichten. Immer deutlicher hob sich das gemeinsame politische Ziel aus dem Chaos heraus: die Sprengung der Monarchie, die Schaffung des eigenen Staates. So einheitlich freilich das Ziel, so verschieden waren die Erwartungen, die die einzelnen Bevölkerungsschichten in den neu zu schaffenden Staat legten. Der Bourgeoisie ging es darum, die wirtschaftliche Macht in die Hände zu bekommen, das allenthalben eingedrungene deutsche Kapital zu verdrängen oder zum mindesten die Beute mit ihm zu teilen. Das betraf sowohl die industrielle wie die agrarische Bourgeoisie und diese hegte vielleicht noch größere Hoffnungen auf eine Vermehrung ihres Besitzes als jene. Denn die Tschechoslowakei, insbesondere Böhmen, ist das Land der Großgrundbesitzer, ein paar Magnaten eigneten sich nahezu vier Fünftel des Bodens an. Die Schwarzenberg, die Lobkowitz, Colloredo-Mansfeld, Thun, Clary, Westphalen, Kolovrat und wie sie alle heißen: die hatten das Land. Der kleine, der mittlere und der große Grundbesitzer, sie alle wollten sich bereichern an dem Boden, und eines der hauptsächlichen wirtschaftlichen Ziele der Revolution war die Bodenreform, unter der sich freilich jede Schicht etwas anderes vorstellte.

Parallel neben der Bourgeoisie ging die Arbeiterschaft. Sie hatte unter der habsburgischen Diktatur gelitten und geseufzt. Erstrebte sie den neuen Staat, so nur deswegen, weil sie sich von ihm eine wirtschaftliche und soziale Besserung ihrer Lage versprach. Vom ersten Tage der Revolution an, vom 14. Oktober 1918 beginnend, hatte die tschechische Arbeiterschaft immer und immer wieder erklärt, die neue Republik müsse eine sozialistische Republik werden. Und es schien im ersten Wonnemond der Revolution, als ob keine Klasse im Staate mächtig genug wäre, diese allgemeine Tendenz nach dem Sozialismus zu bannen. Als der erfolgreichste Ausdruck dieser ungeheuren Macht der sozialistischen Arbeiterbewegung ist das Gesetz über den Achtstundentag anzusprechen, das unmittelbar unter dem ersten Eindruck der Revolution entstanden, als eines der besten Gesetze dieser Art überhaupt bezeichnet werden kann. Es spricht generell die gesetzliche achtstündige Arbeitszeit für alle Arbeiter, industrielle wie landwirtschaftliche, für die Arbeiter in der Fabrik ebenso wie für die Angestellten in den Handelsbetrieben, öffentlichen Betrieben, Bureaus usw. aus. Eine zehnjährige Garantie sicherte dem Gesetz dauernden Wert. Indessen, es blieb leider der einzige Ausdruck der neu erworbenen Macht des Proletariates.

Es entspricht einem natürlichen Gesetz der Entwicklung, daß die Arbeiterschaft ihre Stellungnahme zum Staate im gleichen Verhältnis zu ihrer Macht einstellt. Je größer ihr Einfluß, um so größer ihr Interesse am Staat. Das war die psychologisch begreifliche Ursache des Sündenfalls der reichsdeutschen Sozialdemokratie und es sollte die Ursache des Sündenfalls der tschechoslowakischen Sozialdemokratie werden. Die Arbeiterschaft, früher rechtlos, war nun plötzlich zu einer Macht geworden. Es mochte teilweise die mangelnde politische Erfahrung sein — ganz gewiß aber war es der Gang der Revolution selbst, der ihr den weiteren Weg wies. Es ist eine alte Erfahrungstatsache, daß bei jeder Revolution zunächst verschiedene Klassen gemeinsam ein Ziel erstreben, bis die divergierenden wirtschaftlichen Interessen eine Sprengung dieses ursprünglichen Blockes bewirken. So war es auch hier. Bourgeoisie wie Arbeiterschaft erstrebten gemeinsam ein Ziel, die Schaffung des neuen Staates. Sie kämpften darum zusammen und nichts war natürlicher, als daß sie nun auch nach beendetem Kampfe zusammen weiter gingen. So vertrauensselig war die tschechische Arbeiterschaft zu ihren Todfeinden von gestern und den Bundesgenossen von heute, den tschechischen Nationaldemokraten, der Partei des industriellen Bürgertums geworden, daß sie sogar nichts dawider hatte, daß der erste Ministerpräsident des neuen Staates der ärgste Gegner der Arbeiterklasse, Karl Kramar, wurde.

Aeußerst stolz auf ihre Erfolge, lebte zunächst die tschechische Arbeiterschaft wie im Rausche dahin. Sogar der alte Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und den Nationalsozialisten, die seinerzeit als Gegengewicht gegen die sozialdemokratische Bewegung als typische Gelbe von den Unternehmern gegründet worden waren,

schwand dahin und man war nahe daran, eine Verschmelzung herbeizuführen. Auf dem Berner internationalen Sozialistenkongreß im Jahre 1918 erschien auch zum erstenmal ein Vertreter der Nationalsozialisten als Glied der tschechischen Delegation. Ich erinnere mich heute noch, wie überrascht ich war von jener Welle des Nationalismus, die mir da entgegenströmte, mit welchem Eifer alte Parteigenossen die Notwendigkeit der Annexion großer, nichttschechischer Gebiete aus „wirtschaftlichen Gründen" darzutun sich bemühten. Kramar als offizieller Vertreter des Staates bei den Friedensverhandlungen in Paris konnte nicht eifriger im Interesse des Staates wirken.

Doch während die Arbeiterschaft sich an der Freude über den Besitz des eigenen Staates, der einen fortschreitenden Kurs versprach, berauschte, nützte die Bourgeoisie die Zeit. Herr Kramar besetzte alle Ministerien mit einer seiner Partei treu ergebenen Bureaukratie, etablierte einen Geist des Militarismus, wie er krasser in Frankreich nicht sein konnte, eine französische Militärmission kam ins Land und übernahm die Leitung der ganzen Armee — sie war bis heute nicht wegzubringen und es ist bisher noch nicht offiziell dementiert worden, daß sie vertraglich auf 10 Jahre das Recht hat, den Generalstabschef und eine Reihe wichtiger militärischer Funktionäre zu stellen — allenthalben wurde der Grundstein für die kommende Macht der Reaktion gelegt. Die Arbeiter hatten den Achtstundentag. Sie riefen nach der Sozialisierung, riefen nach der Bodenreform. Von der Sozialisierung wurde wie von einem Heiligtum gesprochen, das man nicht profanieren durfte, die Bodenreform wurde in Angriff genommen. Sie wurde, so wie man sie durchzuführen begann und bis heute durchführt, zu einem Werkzeug der Reaktion. Die Großagrarier bemächtigten sich sofort der Leitung der ganzen Aktion, alle Grundbesitze, die ein Ausmaß von 200 Hektar überstiegen, wurden in die Reform einbezogen. Bis heute, vier Jahre nach der Revolution, hat der Staat kaum eine Viertelmillion Hektar übernommen, ungeheure Ländereien (rund 4½ Millionen Hektar) befinden sich noch im privaten Besitz. Wo die Güter übernommen wurden, setzte man den Großbauern ergebene Leute hin, die für ihren Geldsack wirtschafteten, die Güter wurden arrondiert und wer schon viel Land hatte, bekam neues dazu, wer keines hatte, erhielt in den meisten Fällen nichts. So schuf sich das Großbauerntum, und man kann ruhig sagen der Großgrundbesitz eine neue Schicht von Leuten, die an der Revolution unmittelbar interessiert waren, weil sie von ihr das Land empfangen hatten, und sie wurde die Schutztruppe des sich etablierenden reaktionären Kurses.

Unterdessen arbeiteten die tschechischen Sozialdemokraten fleißig in der Koalition mit. Wirtschaftliche und sozialpolitische Maßnahmen zugunsten der Arbeiterschaft wurden fast keine getroffen. In erster Linie galt es, den Staat zu fundieren. Man mußte ihm die Verfassung geben, mußte die Wahlen in die gesetzgebenden Behörden vorbereiten. So verging das erste Jahr der Revolution, jene Zeit der politischen Hochspannung, da die Macht der Arbeiterklasse eine ungeheure war, da sie Unerhörtes gewinnen konnte, ungenützt. Es wäre müßig und

oberflächlich gedacht, das den tschechischen Sozialdemokraten zum Vorwurf zu machen. Sie mußten nach der gegebenen revolutionären Situation noch an die Erreichung ihres Zieles im Vereine mit der Bourgeoisie glauben. Was man ihnen zum Vorwurf machen kann und muß, ist der Umstand, daß sie jedes Maß für politische Gerechtigkeit verloren. Sie waren eifrige Verfechter der Idee des wirtschaftlichen Imperialismus gewesen. Aus wirtschaftlichen Gründen waren sie dafür eingetreten, daß die rein deutschen Industriegebiete Nordböhmens übernommen, aus strategischen Gründen waren sie dafür gewesen, daß die Donau zur Südgrenze gemacht wurde, wodurch rein magyarische Gebiete an das Reich fielen. Später kam es wieder aus wirtschaftlichen Gründen dazu, daß polnische Gebietsteile verlangt und auch erkämpft wurden. Wenn die tschechischen Sozialdemokraten hier in ihrer sich revolutionär gebärdenden Staatserhaltung für die Angliederung all dieser Gebiete eingetreten waren: eines durften sie nicht vergessen — daß dort Arbeiter lebten, so wie sie es waren und daß auch diese Arbeiter der nichttschechischen Nationen ein Recht darauf hatten, als gleichwertige Staatsbürger behandelt zu werden. Sie kannten die furchtbare Waffe, die der Bourgeoisie im alten Oesterreich in Form des nationalen Chauvinismus zur Verfügung stand, sie wußten, daß die Bourgeoisie in Oesterreich nur von der gegenseitigen nationalen Verhetzung der Völker gelebt hatte. Ihre Pflicht mußte es sein, nachdem sie die anderssprachigen Völker in ihren Staatsverband gezwungen hatten, von vornherein jeden Konfliktstoff auf nationalem Gebiete auszuschalten. Dieses Gebot der Stunde haben die tschechischen Sozialdemokraten verpaßt. Statt für die Entnationalisierung einzutreten, übertrafen sie bald die Tschechisch-nationalen noch an Nationalismus. Immer und überall wähnten sie die Republik bedroht, schien ihnen die Illoyalität der fremden Volksstämme die größte Gefahr, die sie nur durch Gewalt bannen zu können vermeinten. So entstand ein Sprachengesetz, das aller Demokratie Hohn spricht und das die groteskesten Situationen hervorruft. Nur dort, wo mindestens 20 % einer nationalen Minderheit wohnen, hat diese das Recht, eine amtliche Erledigung ihrer Wünsche usw. in ihrer Sprache zu verlangen, im internen Dienstverkehr gilt nur die „tschechoslowakische" Sprache, eine Sprache, die es gar nicht gibt. Wenn zwei Beamte im deutschen Gebiet miteinander korrespondieren, die vielleicht beide nicht tschechisch können, so müssen sie sich die Akten zweifach übersetzen lassen: einmal der eine aus dem Deutschen ins Tschechische, das andere Mal der zweite aus dem Tschechischen wieder ins Deutsche. Er darf ihm nicht einmal die Uebersetzung schicken. In Prag ereignete sich jüngst bei einer Gerichtsverhandlung eine Szene, die geradezu unglaublich anmuten muß. Es wurde ein Dienstmädchen einvernommen, das nicht tschechisch verstand. Nachdem man dies durch verschiedene Proben erhärtet hatte, erklärte sich der Vorsitzende bereit, den Dolmetsch zu markieren. Er übersetzte also getreulich alles. Der anwesende Verteidiger konnte natürlich auch deutsch und wollte auch zur Abkürzung des Verfahrens so sprechen, wurde aber vom Vor-

sitzenden daran gehindert, weil die Verhandlung tschechisch geführt werden müsse. So sprach der Advokat tschechisch und der Vorsitzende übersetzte darauf getreulich. Es ist begreiflich, daß solche kleinliche Dummheiten äußerst aufreizend wirken, ebenso wie die ganze Taferlpolitik, die man etablierte, die ganze deutsche Bevölkerung in ihrer „Loyalität" durchaus nicht stärken konnte. Alle Stationsnamen auf den Eisenbahnen wurden umbemalt, alle Waggonbezeichnungen müssen neu bezeichnet werden, eine kleinliche nationale Politik der Nadelstiche setzte ein, die einen oft an dem gesunden politischen Sinn der Tschechen zweifeln läßt. Daneben her läuft ein großes nationales und kulturelles Unrecht um das andere: Von den 8178 deutschen Schulklassen im Jahre 1918 wurden bis heute teilweise unter sozialistischen Unterrichtsministern nahe an 1000 gesperrt, die durchschnittliche Kinderzahl einer deutschen Schule beträgt rund 52, während die Tschechen durch unausgesetzte Errichtung neuer Klassen weit besser gestellt sind. Die in den Grenzgebieten befindlichen wirtschaftlichen Besitztümer der Deutschen werden enteignet, um dann um so bequemer die Tschechisierung durchführen zu können, indem die deutschen Beamten, Angestellten und Arbeiter entlassen oder sonst um ihre Stellen gebracht werden. Das geschieht eben jetzt wieder mit der das nordwestböhmische Industrie- und Braunkohlenrevier durchschneidenden Aussig-Teplitzer Eisenbahn sowie den riesigen Grenzwäldern, die man den Deutschen enteignet, wobei gleichzeitig geplant ist, sie einem tschechischen Finanzkonsortium in Pacht zu geben.

Man wird es verstehen, daß unter solchen Umständen die Arbeiterschaft der nichttschechischen Nationen nicht in sonderlicher Liebe zu der Republik entflammt war und daß auch das Bürgertum, das ja an wirtschaftlicher und politischer Macht verloren hatte, die Entwicklung der Dinge nur mit scheelen Augen betrachtete. Die Folge davon war eine ganz eigenartige Verteilung der Kräfte im Staate, der die tschechische Sozialdemokratie zum Opfer fiel. Die Wahlen in die gesetzgebenden Körperschaften, die spät genug durchgeführt worden waren — nachdem man zuvor alle die gehäuften nationalen Ungerechtigkeiten im Schoße der nur aus den tschechischen Parteien ernannten „revolutionären Nationalversammlung" beschlossen und von diesem Verein der Unverantwortlichen sogar die ganze Staatsverfassung oktroyiert hatte —, ergaben eine nur sehr schwache Mehrheit der tschechischen Parteien, die außerdem noch die slowakischen Brüder zu Hilfe nehmen mußten, wollten sie überhaupt „regieren" können. An den Eintritt von Parteien nichttschechischer Nationen dachten damals die Tschechen überhaupt nicht, noch wäre eine solche Partei zu finden gewesen. Man versuchte es zuerst mit einer Koalition des Zentrums mit der Linken: Sozialdemokraten, Nationalsozialisten und Agrarier bildeten zusammen die tschechische Regierung, die eine gewisse sozialistische Note aufwies. Das war die Zeit des Hochstandes der tschechischen Sozialdemokratie. Kommunistische Wühlereien und nicht sonderlich große Erfolge der Koalitionspolitik bewirkten eine Abbröckelung der Massen von der tschechischen Sozialdemokratie, es folgte der Austritt aus der

Koalition und damit ihre Sprengung. Ein Beamtenkabinett trat auf den Plan, das eine Periode erbärmlichster Reaktion bedeutete. Unterdessen vollzog sich die Spaltung der tschechischen Sozialdemokratie, die dadurch natürlich ungeheuer geschwächt wurde, wenngleich von ihren Abgeordneten die meisten bei der alten Partei verblieben. Ihr parlamentarischer Einfluß sank indessen trotzdem, aber was die Hauptsache: durch die Absplitterung der kommunistischen Abgeordneten hatte die frühere Koalition ihre Mehrheit überhaupt verloren. Nachdem aber das Beamtenkabinett lange genug — ein Jahr — gewurstelt hatte, mußte doch irgendeine neue Regierungskombination kommen, die eine parlamentarische Grundlage hatte. Es kam im Interesse der Staatsraison der zweite und diesmal größere Sündenfall der tschechischen Sozialdemokratie: sie schloß eine Koalition mit der ganzen bürgerlichen Gesellschaft; die alte Regierungsmehrheit wurde erweitert durch den Hinzutritt der Partei des Großkapitals, der Nationaldemokraten und durch die Partei der kulturellen Reaktion: durch die Klerikalen. Seither regiert diese Mehrheit den Staat und regiert ihn so, daß alle, Agrarier, Nationaldemokraten und Klerikale, etwas von der Regiererei haben — die einen Schutzzölle für ihre landwirtschaftlichen Produkte und hohe Lebensmittelpreise, wirtschaftliche und soziale Reaktion die anderen und politischen Rückschritt die Dritten —, während die Arbeiterschaft die Zeche der Ehrenwerten zu bezahlen hat.

Der Groll der tschechischen Arbeiterschaft richtet sich begreiflicherweise gegen jene Partei, die diese Politik mit ihrem Namen deckt: gegen die tschechischen Sozialdemokraten. So ist es gekommen, daß die Kommunisten als die Partei der Opposition immer mehr an Boden gewinnen. Es war nur ein Unglück, daß die tschechischen Arbeiter, statt eine vernünftige und ehrliche Arbeiterpolitik einzuschlagen, ins andere Extrem kamen und das Kind mit dem Bade ausschütteten. Nachdem die tschechischen Sozialdemokraten den Namen der Sozialdemokratie in Mißkredit gebracht hatten, glaubten die tschechischen Arbeiter, die in der Opposition standen, daß sie nunmehr überhaupt nicht mehr den Namen von Sozialdemokraten tragen dürften. Sie wurden also Kommunisten, freilich Kommunisten, an deren Prinzipienfestigkeit Moskau herzlich wenig Freude erleben kann. Denn die tschechischen Kommunisten mit ihrem Führer Schmeral an der Spitze, der eine geborene Kompromißnatur ist, sind alles andere als Kommunisten im Sinne der orthodoxen Moskauer Päpste. Sie betreiben eine oppositionelle Politik, lassen sich aber seit ihrem mißglückten Dezemberputsch vom Jahre 1920 zu keinen Dummheiten mehr hinreißen und haben es somit bisher verhältnismäßig leicht gehabt. Die Folge davon ist, daß ihr Einfluß steigt, wenngleich natürlich zu sagen ist, daß ihre Spaltungsarbeit das Heer der Indifferenten ebenso gestärkt hat wie die gelben Schutztruppen der Unternehmer, die durch die Revolution im allgemeinen erledigt waren.

Nun wird es aber nicht auf die Dauer gehen, daß man in der Weise weiterwurstelt, wie das bisher der Fall war. Die jetzige Regierung mit dem Ministerpräsidenten Benesch an der Spitze war als

Notregierung gedacht, die Not war aber so groß, daß sie nun schon geraume Zeit besteht, ohne daß bisher ein Ersatz gefunden worden wäre. Bis diese Zeilen in Druck gehen, wird zwar die Regierung Benesch voraussichtlich gewesen sein und einer Regierung des Agrarierführers Svehla Platz gemacht haben — aber es wird das gleiche Kind der Verlegenheit mit einem etwas anderen Namen sein. Den Grad der Verzweiflung, in der sich die tschechischen Parteien befinden, charakterisiert am besten ein Plan, der soeben auftaucht: man will eine Verfassungsänderung herbeiführen, wonach die Regierung statt aus Parlamentariern nur aus Fachleuten gebildet werden soll. Also Beamtenregierung in unendlichen Wiederholungen. Das wird sich natürlich nicht machen lassen, denn die Regierung über das Land ein paar im Grunde unverantwortlichen Bureaukraten auszuliefern, ginge nicht an und würde denen, die in Wahrheit die Verantwortung zu tragen hätten, nämlich den Führern der Regierungsparteien, sehr bald die Begeisterung für ein solches Regime nehmen — wie es übrigens bei der Beamtenregierung Cerny schon der Fall war. Man wird also einmal ernstlich an einen Ausweg denken müssen. Den geraden Weg zu gehen, indem man den nichttschechischen Nationen die gleichen Staatsbürgerrechte einräumt wie den Tschechen und damit wenigstens dem deutschen Bürgertum den Weg in die Regierungskoalition ermöglicht, um auf diese Weise eine tragfähige Regierungsmehrheit auf bürgerlicher Grundlage zu erreichen, wird man auf tschechischer Seite nicht fertig bringen. Dazu ist wohl vorläufig der Zwang der Gasse noch zu groß. Es wird also nichts anderes übrig bleiben, als in absehbarer Zeit das übliche Korrektiv für alle politisch verzwickten Situationen anzuwenden: Neuwahlen auszuschreiben. Diese Neuwahlen werden aber die Lage der Regierungsparteien noch verschlechtern. Denn sowenig es einem Zweifel unterliegt, daß die bürgerlichen Parteien einen gewissen Zuwachs bekommen, der besonders bei den Klerikalen ein sehr großer sein dürfte, sowenig ist daran zu zweifeln, daß die tschechische Sozialdemokratie es sein wird, die die ganze Zeche zu bezahlen hat. Sie wird nach links und nach rechts abzutreten haben: an die Bürgerlichen und an die Kommunisten, und wenn nicht alle Zeichen trügen, so wird sie als ziemlich dezimierte Truppe in das Parlament zurückkehren. Dadurch scheidet aber ein wichtiger Faktor aus der Regierungsbildung aus, ein Faktor, den auch die Vergrößerung der bürgerlichen Mandatzahlen nicht aufwiegen kann. So wird man dann unter dem Druck der Verhältnisse sich doch wohl zu Konzessionen an die Deutschen entschließen müssen und es dürfte nach den Wahlen zu einer deutsch-tschechischen bürgerlichen Blockregierung kommen.

Welche Rolle wird dabei aber die Arbeiterschaft zu spielen haben? Die Kommunisten, heute eine reine Oppositionspartei, die nicht die geringste Verantwortung trägt, werden voraussichtlich zu der Partei des Proletariates stehen. Sie werden dann etwas unternehmen müssen, um den Massen zu zeigen, daß sie wirklich ihre Interessen vertreten. Es wäre denkbar, daß sie dann eine gewisse Real-

politik betreiben, eine Realpolitik, die sie ihrer kommunistischen Schlacken immer mehr entkleidet und aus ihnen eine wirklich klassenbewußte sozialdemokratische Partei macht. Dann könnte im Verein mit der deutschen Sozialdemokratie der Tschechoslowakei, die einen bedeutenden Bruchteil des deutschen Volkes in diesem Staate zu ihren Anhängern zählt — bei den letzten Wahlen waren es 49 bis 51 % —, Großes für die Arbeiterschaft geleistet werden.

Vorläufig indessen ist der politische Horizont für das Proletariat in der Tschechoslowakei sehr verdüstert. Die tschechische Arbeiterschaft ist zerrissen: der eine Teil der Knecht der Regierungskoalition, der andere in unfruchtbarer Opposition verharrend, die deutsche Sozialdemokratie infolge der eigenartigen politischen und nationalen Verhältnisse zu einer Oppositionspolitik gezwungen — und dann die Arbeiterschaft, diese stärkste Schicht der Bevölkerung, die mit so großen Erwartungen der Sozialdemokratie ihre Stimmen gab und heute an ihrer Zukunft verzagt. Es ist die tiefste Tragik der tschechoslowakischen Arbeiterbewegung, daß sie trotz ihrer Stärke, die sie bei einer Vereinigung der Kräfte aufzuweisen hätte, infolge der nationalen und der politischen Zersplitterung nicht imstande ist, ihre Kraft für die Realisierung auch nur einer Kampfforderung in die Wagschale zu werfen.

Zeitschriftenschau.

Ein Not- und Hilferuf.

Einen Not- und Hilferuf richte ich an alle jene Genossen und Genossinnen, die mit einer Jahresausgabe von 10 Franken nicht nur das Abonnement einer vorzüglichen Zeitschrift bezahlen, sondern damit auch noch beitragen wollen, diese Monatsschrift vor dem ihr drohenden Untergang zu bewahren. Es handelt sich dabei nicht um das erste beste literatur-geschäftliche Unternehmen, sondern es handelt sich um „Die Neue Generation", die unter den deutschen Periodica an erster Stelle stehende „Zeitschrift für Mutterschutz und Sexualreform", das Organ der Internationalen Vereinigung für Mutterschutz und Sexualreform.

Die sozialistische Bewegung kennt kein publizistisches Organ, das sich speziell den in dieser Zeitschrift behandelten Fragen widmen kann. Bei aller Selbständigkeit unserer Stellungnahme können wir aber der „Neuen Generation" und der hinter ihr stehenden Organisation nur zu Dank verpflichtet sein für das Große, das sie in unserem Sinne bereits geleistet haben. Aus dem umfangreichen Inhalt einiger Nummern greife ich nur einiges wenige heraus. Bemerken will ich dazu, daß jede Nummer 48 Seiten stark erscheint und außer einer Reihe zumeist bedeutender Aufsätze die ständigen Chroniken führt: Literarische Berichte, Ehe und Ehereform, Mutter- und Kinderschutz, Gesellschaft für Sexualreform, Unehelichkeit, Bevölkerungspolitik, Sexualwissenschaft usw. Einzelne Aufsätze aus den letzten Jahren: Kirchhof, Erziehung zur sexuellen Verantwortlichkeit; Müller-Lyer, Adel und Zuchtwahl; Adolf Schmitt, Ehe und Treue; Rosa Mayreder, Der Weg der weiblichen Erotik; Fehlinger, Verkehrte Auslese beim Menschen; Grete Fantl, Männlicher und weiblicher Eros; Dr. Loewenfeld, Die Bestrafung der Abtreibung; Hanau, Die Jugend und ihr Liebesproblem; Meier, Christentum und Sinnenverachtung; Kurt Hiller, Zu Wynekens Buch „Eros"; Schmülling, Sexualität und Seelenliebe; Fehlinger, Internationaler Schutz der Frauen und Kinder; Dr. Peters,